



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 16. Ratssitzung vom 21. September 2022

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2022/21, 2022/186, 2022/424

658. 2022/21

Weisung vom 19.01.2022:

Postulat der AL-Fraktion betreffend Bericht zur geplanten Stellenerhöhung bei der Stadtpolizei, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Vom Bericht zur geplanten Stellenerhöhung bei der Stadtpolizei Zürich wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2021/461, der AL-Fraktion vom 24. November 2021 betreffend Bericht zur geplanten Stellenerhöhung bei der Stadtpolizei wird als erledigt abgeschrieben.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2022/21, 2022/186 und 2022/424.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Andreas Egli (FDP): *Vor weniger als einem Jahr wurde von der Mehrheit des Gemeinderats der Antrag des Stadtrats auf Erhöhung des Personalbestands der Stadtpolizei um 10 Stellen abgelehnt. Gleichzeitig wurde das Postulat GR Nr. 2021/461 der AL gutgeheissen, das verlangte, dass der Stadtrat im Rahmen eines Berichts den polizeilichen Antrag zur Erhöhung der Stellenzahl bis ins Jahr 2030 der Kommission und dem Gemeinderat vorlegen soll. Der Bericht und der Antrag wurden der Kommission inzwischen präsentiert und in dieser diskutiert. Die Mehrheit der Kommission kam dabei zum Schluss, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen, wie er vom Stadtrat vorgelegt wurde, und gleichzeitig das Postulat GR Nr. 2021/461 als erledigt abzuschreiben. Einen Änderungsantrag auf ablehnende Kenntnisnahme des Berichts lehnt die Mehrheit ab. Der Antrag der Stadtpolizei vom 16. Juli 2021 auf Erhöhung der Stellen bis ins Jahr 2030 wurde vom damaligen Polizeikommandanten Daniel Blumer erstellt. Dieser sagt, dass bis ins Jahr 2030 aufgrund eines mittleren Bevölkerungswachstums in der Stadt Zürich 210 zusätzliche Polizisten und Polizistinnen benötigt würden, um den gleichbleibenden Bestand im Verhältnis zur Bevölkerung sicherstellen zu können. Nicht nur aus finanziellen Überlegungen, sondern auch aus praktikablen Gründen wurden letztlich nur 152 Stellen beantragt: 140 Polizeistellen und 12 Supportstellen. Hierzu muss zur Kenntnis genommen werden, dass das Bevölkerungswachstum der Stadt Zürich in den vergangenen 10 Jahren um rund 12 Prozent zugenommen hat, während der Personalbestand bei der Stadt-*



polizei, bereinigt um die Mitarbeitenden im Bereich Konsulatsschutz, um 2 Prozent gestiegen ist. Das heisst, heute besteht ein Minus von 10 Prozent. Das scheint vielleicht nicht als sehr viel, aber das Erstaunliche an diesem Antrag ist, dass die geleisteten Einsatzstunden im Bereich der besonderen Sicherheitslage seit dem Jahr 2011 um 107 Prozent zugenommen und sich damit mehr als verdoppelt haben. Das sind Einsätze, die an Demonstrationen, durch die zunehmende Terrorgefahr oder bei Veranstaltungen geleistet werden. Die Anzahl an Veranstaltungen und bewilligten oder unbewilligten Demonstrationen ist sehr stark gestiegen. Auch die Digitalisierung trägt zu den hohen Einsatzstunden bei: Vor wenigen Jahren begingen Täterinnen und Täter Delikte noch mit dem Telefon, heute wird dem Gegenüber das Geld mit dem Smartphone aus der Tasche gezogen. Es ist klar, dass es unterschiedlichen Aufwand verursacht, einen Rapport zu den jeweiligen Szenarien zu erstellen. Delikte, die über den digitalen Weg erfolgen, die Rede ist hierbei von Drohungen, Beleidigungen usw., sind jedoch sehr zeitaufwendig. Die Staatsanwaltschaft ist sich des Problems bewusst und ist daran, zusätzliches Personal in diesem Bereich aufzubauen und auch die Stadtpolizei wird zusätzliche Aufträge bewältigen müssen. Die Stadtpolizei sorgt nicht nur im privaten und öffentlichen Bereich für Sicherheit, sondern auch im digitalen Raum. Ein weiteres Argument für den zusätzlichen Bedarf an Polizeistellen betrifft den Bereich Respekt, Sitte und Moral. Gewisse Einsätze der Feuerwehr und Sanität sollten nur noch unter Polizeischutz erfolgen. Dieses Problem kann nicht nur mit zusätzlichem Personal gelöst werden und früher oder später wird ein Teil unserer Gesellschaft eine gewisse Läuterung erfahren müssen. Momentan ist das aber ein Zustand, mit dem gerechnet werden muss und der weiter zunehmen wird. Das alles findet nicht in einer «Nine-to-five-Stadt» statt, sondern in einem 24-Stunden-Betrieb. Was die zusätzlichen Tages- und Nachtstunden ausmachen, wurde in den Jahren 2020 und 2021 deutlich, die mit Corona deutlich ruhiger verliefen und die Polizei geringere Einsatzzahlen aufwies. Das Stichwort 24-Stunden-Betrieb betrifft alle Mitarbeitenden der Stadtpolizei und zwar 7 Tage pro Woche und 365 Tage im Jahr. Zusätzliche Aufgaben und Anforderungen auf dieselbe Anzahl Angehörige der Stadtpolizei zu verteilen, kann in einer gestörten Work-Life-Balance resultieren. Dies gilt es als Stadt- und Gemeinderat zu verhindern, um das Arbeitsklima auch bei der Stadtpolizei hoch zu halten und damit die Sicherheit mit zufriedenen, guten und genügenden Mitarbeitenden erhalten werden kann. Jährlich wird das stadtpolizeiliche Personal laut Antrag bis ins Jahr 2030 um zirka 17 Kolleginnen und Kollegen ergänzt, was dem momentan nötigen Minimum entspricht. Die zusätzlichen Stellen verursachen Personalkosten, die entsprechend in der Finanzplanung berücksichtigt sind und die sich im Erhalt der Stadtsicherheit aufwiegen werden.

Kommissionsminderheit:

Michael Schmid (AL): Als zentraler Kennwert zur Berechnung der Anzahl benötigter Stellen wird die Polizeidichte pro Einwohnerin und Einwohner herangezogen, die mit dem prognostizierten Bevölkerungswachstum konstant bleiben soll. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Polizeidichte nicht auch reduziert werden könnte? Momentan beläuft sich die Polizeidichte auf 1 Polizeistelle pro 285 Einwohner, was die höchste Polizeidichte der Schweiz darstellt. Für das Jahr 2030 prognostiziert die Statistikabteilung des Präsidialdepartements eine Bevölkerungszahl zwischen 417 000 und 501 000, wobei das mittlere Szenario bei 489 000 Personen liegt. Bleibt die Zahl der Polizeistellen bei den aktuellen



1590 Vollzeitstellen, beliefe sich die Polizeidichte mit dem mittleren Szenario auf 1 zu 307, was immer noch deutlich über derjenigen von Genf mit 1 zu 336 oder Basel-Stadt mit 1 zu 313 liegt. Diese Unterschiede resultieren aus der Verschiedenheit der Aufgaben, die die Korps wahrnehmen müssen und sind nicht direkt vergleichbar, aber alle drei müssen den Herausforderungen eines urbanen Zentrums gerecht werden. Zusätzlich müssen die Polizei von Genf und Basel-Stadt den Grenzschutz wahrnehmen und können kriminalistische Ermittlungen nicht an andere Korps abtreten. Die Korps in Basel und Genf kommen also trotz einer höheren Aufgabenzahl mit weniger Stellen aus. Deswegen sind die beiden Städte aber nicht weniger sicher. Es scheint, als würden in der Stadt Zürich viele Ressourcen ohne viel Signifikanz gebunden werden. Der Bericht des Kommandanten stellt die Sicht der Polizeiführung dar, die den vielschichtigen Konflikten unserer Stadt mit polizeilichen Mitteln begegnen will, weswegen er nicht als Grundlage für eine informierte und umfassende Entscheidung des Parlaments zur Erhöhung des Polizeibestands dienen kann. Dessen muss sich auch der Stadtrat bewusst sein. Es soll, wie auch in anderen Verwaltungsbereichen, eine politische und fachliche Güterabwägung stattfinden. Wir bemängeln das Fehlen der polizeilichen Aussensicht, wie die nicht-polizeiliche Sozialarbeit oder Jugendpsychiatrie, die notwendig ist, um über die Sicherheit unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen zu entscheiden. Nicht jede Sicherheitsfrage der Stadt soll über die Polizei laufen und nicht jeder Konflikt in der Gesellschaft darf zum Sicherheitsproblem erklärt werden. Wir brauchen eine neue Konzeption der öffentlichen Sicherheit, die weniger auf die Ausübung des Gewaltmonopols konzentriert ist und mehr darauf, den schwächsten unserer Gesellschaft zu helfen. Deswegen verlangen wir eine gesamtpolitische Einschätzung des Stadtrats, da der vorliegende Bericht diesen Ansprüchen nicht gerecht wird. Dass Polizistinnen und Polizisten die Zeit haben, ihr soziales Umfeld zu pflegen, ist wichtig. Das ist allerdings eine Frage der Einsatzplanung und der Setzung von Prioritäten und eine Frage, wie hoch die Polizeipräsenz im öffentlichen Raum sein muss und wie umfassend ein Dispositiv für ein Grossereignis sein soll. Die Polizeiführung ist momentan gewillt, die Einsatzplanung so zu gestalten, dass bei den Arbeitsbedingungen und Freizeitgestaltungen der Angestellten Abstriche gemacht werden. Es ist fraglich, ob sich etwas an dieser Grenze verschieben wird, wenn mehr Personal zur Verfügung steht. Viel mehr gehe ich davon aus, dass mehr Aufgaben von der Polizei wahrgenommen werden oder dass die Einsatzdispositive erhöht werden. Weiter ist die hohe Arbeitsbelastung auch darauf zurückzuführen, dass die Polizei nicht alle jetzt schon vorhandenen Stellen besetzen kann. Ende August waren mit steigender Tendenz 72 Vollzeitäquivalente unbesetzt. Das Problem der Arbeits- und Einsatzplanung besteht also unabhängig von der Stellenzahl und muss deswegen unabhängig gelöst werden.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat GR Nr. 2022/186 (vergleiche Beschluss-Nr. 64/2022): Wenn bei swissdox.ch die Begriffe «Messerstecherei» und «Zürich» eingegeben werden, werden in den letzten zwölf Monaten die Begriffe in Kombination oder einzeln über 230 000 Mal in Zeitschriften erwähnt und sind in unzähligen Schlagzeilen vertreten. Jugendliche rüsten sich mit Messern aus, bevor sie in den Ausgang gehen und praktisch jedes Wochenende gibt es Gewalt und Messerstecherei in Zürich. Der Polizeibestand ist nicht mit dem Einwohnerbestand gewachsen. Seit der Personenfreizügigkeit ist die Stadt um 70 000 Personen gewachsen und es sollen noch weitere 80 000 bis



110 000 Personen hinzukommen. Es ist klar, dass mit diesem Wachstum und den bestehenden Problemen mit Messerstecherei mehr Polizei benötigt wird. Der Stadtrat meint ebenfalls, dass aufgrund der Einwanderung mehr Polizei erforderlich ist. Wir möchten 128 Polizisten im Frontdienst, damit auf diese nicht wegzudiskutierenden Probleme reagiert werden kann.

Yves Henz (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 22. Juni 2022 gestellten Ablehnungsantrag zum Postulat GR Nr. 2022/186: Überwachungskameras wollen wir nicht an allen Ecken. Genauso wenig brauche ich eine Polizistin oder einen Polizisten, die oder der mich auf Schritt und Tritt verfolgt und mir bei jeder Handlung über die Schulter schaut. Wir wollen keine politische Repression, Kriminalisierung von Armut, rassifizierte Gewalt oder Massenüberwachung – also keinen Polizeistaat. Wir haben die höchste Polizeidichte der Schweiz und irgendwo muss eine Grenze gezogen werden, damit Menschen ihre wichtigen politischen Rechte wahrnehmen können und nicht noch mehr Repression stattfindet. Es braucht in gewissen Situationen eine Gewalt, die einschreitet und diese Gewalt ist genügend ausgebaut.

Patrick Hässig (GLP) begründet das Postulat GR Nr. 2022/424 (vergleiche Beschluss-Nr. 578/2022): Planungssicherheit ist eines der wichtigsten Dinge, die wir der Stadtpolizei geben können und müssen. Wo genau von der Stadtpolizei neue Stellen gebraucht werden, wurde aus dem vorgelegten Bericht leider nicht ersichtlich. Die Klarheit, wo die neuen Stellen geschaffen werden, ist aus unserer Sicht aber unerlässlich. Es wird jedoch erwähnt, dass für mehr sichtbare Polizeipräsenz, verstärkte Präsenz an Wochenenden und für die Bewältigung von Sondereinsätzen oder auch für Verstärkung gegen digitale Kriminalität mehr Leute benötigt werden. Wir möchten, dass die Stadtpolizei bis ins Jahr 2026 die Hälfte, also 43 der geforderten Stellen bekommen sollte. Damit hat sie eine gewisse Zusicherung der Politik. Diese Stellen sollen der Entlastung der angespannten Personalsituation dienen und für erhöhte sichtbare Polizeipräsenz sorgen, beispielsweise als Fusspatrouille, oder z. B. gegen das zunehmende Problem der Autoposer und gegen die digitale Kriminalität eingesetzt werden. Unser Vorschlag ist ein pragmatischer Kompromiss.

Andreas Egli (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Postulat GR Nr. 2022/424 und begründet diesen: Das Einzige, was tatsächlich Planungssicherheit gibt, ist, ob in der Budgetdiskussion der Antrag auf Stellenerhöhung angenommen oder abgelehnt wird. Die Anzahl Stellen, die in diesem Postulat genannt werden, scheint als vorgezogene Budgetdiskussion. Zudem wird mit der Entscheidung für gewisse Bereiche, in denen die Polizei aufgestockt werden soll, die Entscheidung gegen andere Bereiche deutlich. Heute geht es nur darum, zu entscheiden, ob die Polizei unterstützt werden soll oder nicht und den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Markus Knauss (Grüne): Die Situation mit den hohen Überstunden und den gestrichenen Wochenenden bei der Stadtpolizei ist durchaus kritisch. Wie das Problem behoben werden soll, ist eine andere Frage. Kann sich ein Apparat so schnell reformieren, dass



wir auf Stellenerhöhungen verzichten können? Meines Erachtens ist eine Stellenerhöhung unerlässlich. Der Bericht ist nicht in allen Punkten überzeugend. Es werden gute Gründe für die Stellenaufstockungen genannt wie das vermehrte Auftreten von Extradiensten, die besonders an Wochenenden anfallen. Es gibt auch viele planbare Veranstaltungen, bei denen der Polizeistellenbedarf bekannt ist, wie die Critical Mass, ZSC-Matches oder das «Züri Fäscht». Interkantonale polizeiliche Veranstaltungen wie das WEF oder neue Phänomene, wie die Corona-Massnahmegegner aus anderen Kantonen, die sich in Zürich versammeln, bedeuten mehr Arbeit für die Stadtpolizei. Im Bericht wurden die neuen Stellen aber nicht aufgrund dieser Bedürfnisse errechnet, sondern aufgrund einer Hochrechnung in Korrelation mit dem Bevölkerungswachstum und der daraus sinkenden Polizeidichte. Dies ergibt für mich wenig Sinn. Der Stadtrat hat der Polizei den Auftrag erteilt, die «Optimierung des lageorientierten und sozial verträglichen Ressourceneinsatzoptima» zu überprüfen und ich rufe die Polizei auf, genau das zu tun. Um für junge Frauen und Männer attraktiv als Arbeitgeberin zu sein, müssen attraktive Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Die Grünen sind bezüglich Kenntnisnahme des Berichts gespalten und werden ihn entweder zur Kenntnis nehmen oder nicht.

Stephan Iten (SVP): Mir ist in Bezug auf die vorherige Aussage von Michael Schmid (AL) unklar, wie Basel und Zürich miteinander verglichen werden können. Es ist unsere Aufgabe als Kommunalparlament für Zürich zu schauen und wir sehen, dass die Polizei nicht zur Ruhe kommt. Die Regionalwachen sind momentan geschlossen, damit sich die Polizei erholen kann, und so kann die Bevölkerung auf dieses Angebot nicht zurückgreifen, wenn Probleme auftreten. Dies wird zusammen mit weiteren Kürzungen verheerende Folgen haben. Ich bezweifle, in Anlehnung an Patrick Hässigs (GLP) Aussagen, dass die Stadtpolizei ein politisches Konzept braucht. Der Kommandant der Stadtpolizei und die Stadtpolizei selbst kann besser einschätzen als wir, wo welche Mittel nötig sind, um die Sicherheit zu wahren. Wenn die Stadtpolizei mehr Leute braucht, braucht sie mehr Leute. Die SVP wird dem Bericht zustimmen. Ich stimme Markus Knauss (Grüne) zu, dass bis ins Jahr 2030 jährlich betrachtet werden muss, an welchen Stellen Bedarf besteht. Der Aussage von Yves Henz (Grüne), dass dabei ein Polizeistaat entstehen soll, stimme ich nicht zu, denn es soll lediglich die Sicherheit der Stadtbevölkerung sichergestellt werden. Das Postulat der GLP erachten wir als unnötig, aber wenn damit die Budgetdiskussion verkürzt und die Planungssicherheit bis ins Jahr 2026 gegeben werden kann, unterstütze ich das gerne. Das Postulat fordert ja lediglich eine Überprüfung durch den Stadtrat. Der schlussendliche Einsatz der Stellen kann damit nicht geändert werden, da der Kommandant diesen selbst beschliesst.

Anna Graff (SP): Die SP nimmt den Bericht zur Kenntnis und unterstützt die Abschreibung des Postulats. Dies bedeutet nicht, dass wir den Inhalt gänzlich kohärent und überzeugend finden oder die geforderten Stellen vollumfänglich in der Budgetdebatte sprechen werden. Wir sehen anhand des Berichts einen gewissen Bedarf zum Stellenausbau, besonders um die angespannte Personalsituation mit vielen Überstunden an Wochenenden und wegen Sondereinsätzen zu entschärfen. Wir verstehen, dass die Polizei aufgrund der Ausbildungszeit für neue Polizistinnen und Polizisten eine gewisse Planungssicherheit benötigt. Wir sind aber nicht überzeugt, dass alle 152 Stellen notwendig



sind und lehnen deswegen das Postulat der SVP ab. Im Bericht wird mit dem Zusammenhang zwischen sichtbarer Polizeipräsenz und Sicherheit in der Stadt argumentiert. Die Motivation, die Polizeidichte aufrechtzuerhalten und die Sicherheit an dieser Grösse zu messen, teilt die SP nicht. Zahlreiche internationale Studien, die diese Grösse systemisch betrachtet haben, hinterfragen die Aussagekraft der Polizeidichte in Bezug auf die Kriminalitätsrate und sowohl auf die subjektive als auch objektive Sicherheit. Aus unserer Sicht braucht es besonders starke Argumente, um zu zeigen, dass die Polizeidichte in der Stadt Zürich tatsächlich mit der Sicherheit korreliert. Diese sind aber nicht gegeben. Die Polizei äusserte auf Anfrage, dass kein unmittelbarer kausaler Zusammenhang zwischen dem Kriminalitätsgeschehen und der Polizeidichte zu bestehen scheint. Deswegen besteht für die SP keine Dringlichkeit zur Stellenaufstockung aufgrund einer Aufrechterhaltung einer letztlich wenig aussagekräftigen Polizeidichte. Die Überstundenakkumulation durch zusätzliche Einsätze und die daraus resultierende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bereiten der SP hingegen Sorge. Es kann nicht sein, dass Stadtpolizistinnen und -polizisten derart ausgelastet werden und auf Kosten ihrer Gesundheit, Zufriedenheit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht abbaubare Überstunden und Extraeinsätze leisten müssen. Überlastete Polizistinnen und Polizisten sind auch für die Stadtbevölkerung ein Sicherheitsproblem. Diese Situation hätte nie entstehen dürfen und ist als Resultat einer ungenügenden Personalplanung zu sehen. In Bezug auf Cyberkriminalität sieht die SP die Möglichkeit eines zukünftig steigenden Handlungsbedarfs und von der Schaffung neuer Stellen. Angesichts dieser Überlegungen bringen die SP- und die GLP-Fraktion mit dem Postulat GR Nr. 2022/424 den Vorschlag ein, dass die Polizei einen Plan entwickelt, der bis ins Jahr 2026 mit einem Stellenausbau rechnet, der der Hälfte des im Bericht vorgesehenen Stellenausbaus entspricht. Wir wollen, dass die Hälfte der 43 Stellen gezielt der Entschärfung der angespannten Personalsituation gewidmet wird und wir wollen sehen, dass diese Personalproblematik tatsächlich angegangen wird. Wir verstehen, dass mit der Digitalisierung neue Aufgaben auf die Polizei zukommen und wollen mit dem Stellenausbau ermöglichen, dass in bestimmten Bereichen ein Ausbau vorgenommen werden kann. Deswegen wollen wir die andere Hälfte dieser Stellen in den Bereichen Cyberkriminalität und Autoposing sowie für nicht-motorisierte Patrouillen zur Prävention von Gewaltdelikten wie Hatecrimes einsetzen, die uns schon länger ein Dorn im Auge sind. Mit einem überzeugenden Plan ist die SP-Fraktion bereit, diese 43 Stellen im Budgetplan zu sprechen.

Peter Andereg (EVP): Es hat sich bereits seit längerem abgezeichnet, dass die Stadtpolizei in einen Personalengpass gerät, wenn die Stellen nicht erhöht werden. Interkantonale Einsätze werden der Stadt Zürich zwar finanziell rückvergütet, was personell aber nicht entlastet. Die Zahl der Notrufe wird zudem mit dem Wachstum der Bevölkerung in den nächsten Jahren steigen. An Wochenenden ist Zürich ein Magnet für Besuchende, die ebenfalls hinzugerechnet werden müssen. Der Bedarf an neuen Stellen ist für die Mitte/EVP-Fraktion erwiesen. Die Konsequenzen von fehlenden Stellen wären längere Interventionszeiten, weniger Polizeipräsenz, besonders auch in den Aussenquartieren, temporär geschlossene Wachen, kleinere Aufgebote an Veranstaltungen und Demonstrationen, was Sachbeschädigungen, Verkehrschaos, Gewaltexzesse und verletzte Personen zur Folge hätte. Die Stadtpolizei hat gegenüber ihren Mitarbeitenden eine Fürsorge-



gepflicht und mit kleineren Aufgeböten ist auch die Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten nicht gewährleistet. Die bereits aufgetretenen Effekte der Überbelastung würden weiter zunehmen und die Stadtpolizei als Arbeitgeberin unattraktiv machen. Die Die Mitte/EVP-Fraktion unterstützt die Weisung und das Postulat GR Nr. 2022/186 der SVP, das Postulat GR Nr. 2022/424 lehnen wir ab.

Patrick Hässig (GLP): Es ist richtig, dass heute Abend keine einzige Stelle geschaffen wird. Das Thema soll aber nicht jedes Jahr neu aufgekocht werden, weshalb heute ein Zeichen für 50 Prozent der geforderten Stellen gesetzt werden soll. Dies scheint uns im Hinblick auf die anstehende Budgetdebatte ein guter Kompromiss zu sein. Wir sehen es als unrealistisch, dass künftig eine Mehrheit die Gesamtzahl der geforderten Stellen sprechen wird.

Andreas Egli (FDP): Heute geht es nicht darum Kompromisse zu machen – dies wird in der Budgetdiskussion stattfinden. Wenn innerhalb der GLP- und der SP-Fraktion die Diskussionen bereits geführt wurden, ist das gut. Es bleibt aber zu hoffen, dass Sie im Dezember und in den nächsten Jahren immer noch zu Ihrem Wort stehen. Noch etwas zur Internationalen Polizeikoordination (IPK): Es wurde gesagt, dass es diese nicht brauche bzw. dass sie schon fast eine Zumutung sei. Sie ist aber ein Grund, weshalb wir keine Bundespolizei benötigen, weil die Kantone nämlich ihre Polizei zur Verfügung stellen. Wenn Sie dies ändern möchten, müssen Sie in Bern vorstössig werden. Das Postulat forderte klar die Erstellung eines Berichts, der den Antrag der Polizei für neues Personal der Kommission präsentiert – genau das ist passiert. Deswegen macht es wenig Sinn, den Bericht nun inhaltlich zu kritisieren. Die Forderung des Postulats ist erfüllt. Wenn Sie nun nicht zufrieden sind damit, hätten Sie die Postulatsforderung anders formulieren müssen. Im Dezember wird sich zeigen, wie viele Stellen tatsächlich bewilligt werden. Persönlich wäre es mir am liebsten, wenn die geforderten Stellen bis ins Jahr 2024 sofort gesprochen und erst später plausibilisiert würde, ob es die weiteren Stellen wirklich braucht oder ob es Möglichkeiten zur Personaloptimierung gibt. Es ist bedauerlich, dass Sie Hand bieten zu halbpatzigen Angelegenheiten und jetzt nur die Hälfte der notwendigen Stellen bewilligen wollen.

Luca Maggi (Grüne): Der Bericht enthält Problemstellungen, die an die 80er-Jahre erinnern: die Jugend sei so schlimm wie nie, Gewalt und Drohungen gegen Beamte ebenfalls, Lärm, Unruhe und Demonstrationen fänden täglich statt – aber nur wenn Platzkundgebungen von zwei Personen hinzugezählt werden. Wenn Cyberkriminalität nicht erwähnt wäre, würde man nicht merken, dass wir einen Bericht aus dem Jahr 2021 vorliegen haben. Häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Gewalt gegen Minderheiten und Rassismus werden mit keinem Wort erwähnt. Die Polizeiführung präsentiert sich mit Feindbildern von gestern. Das Wording in diesem Bericht trägt rechtspopulistische Züge. Die benötigten zusätzlichen Anstrengungen, die laut Bericht vorgenommen werden müssen, um das Sicherheitsniveau zu erhalten, werden nicht konkretisiert. Sicherheit bedeutet für viele der Grünen nicht nur Polizei. Sicherheit heisst, dass man zueinander schaut, niemanden durch die sozialen Maschen fallen lässt und einen guten Sozialstaat mit guter Bildung und Perspektiven schafft. Nachhaltig muss eine personelle Ressourcenplanung aber auch bei der Polizei sein und Einsätze sind mit den bestehenden Ressourcen zu



planen. Ein Pilotprojekt für die Planung eines Grosseinsatzes mit weniger Ressourcen wäre zum Beispiel ein Ansatz. Fraktionen, die sonst gegenüber Personalaufstockungen sehr kritisch sind, stellen sich offenbar solche Fragen nicht – bei der Polizei kann Ihnen der Ausbau nicht genug gross sein. Aus den genannten Gründen gehöre ich zu denen in der Fraktion, die den Bericht ablehnen.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Der Kampf gegen verschiedenste Gewaltformen braucht Ressourcen. So auch gegen häusliche und sexualisierte Gewalt. Hierfür braucht es gut ausgebildetes Personal, was auch von der Istanbul-Konvention, bei der der Europarat die geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt verhindern will, gefordert wurde. Die Polizei ist ein Puzzleteil zur Sicherheit und zum subjektiven Sicherheitsgefühl, doch sie ist nicht ein Garant für die Sicherheit aller. Migrantisierte, rassifizierte und sozial schwächer gestellte Menschen machen immer wieder schlechte und gewaltvolle Erfahrungen mit der Polizei, die immer wieder repressiv auftritt. Deswegen bedeutet mehr Polizei nicht automatisch mehr Sicherheit. Sicherheit braucht soziale Sicherheit und ein lebenswertes und diskriminierungsfreies Leben für alle. Den ersten Teil des Postulats GR Nr. 2022/424, der die Überstunden und die Entlastung des Personals beinhaltet, erachten wir als sinnvoll. Der zweite Teil ist umstritten, da wir erhöhte Polizeipräsenz kritisch beurteilen und wir die Stellenaufstockungen nicht in allen dafür vorgesehenen Bereichen als nötig erachten.

Roger Bartholdi (SVP): Es ist erwiesen, dass bei der Polizei mehr Stellen geschaffen werden müssen, da es sie einfach braucht. Normalerweise ist die Stellenschaffung, wenn es nicht um die Polizei geht, weniger ein Problem. Was anhand vieler der Argumente, die heute gefallen sind, geändert werden müsste, ist nicht die Polizei, sondern der Auftrag, der an sie gestellt wird. Die Polizei kann aus rechtlichen Gründen nicht machen, was sie will.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Begegnungen mit der Polizei sind oftmals mit viel Emotionen verbunden. Ich erhalte viele, meistens kritische Rückmeldungen zur Polizei. Positiv fallen die Rückmeldungen selten aus. Die meisten Menschen sind aber froh, wenn die Polizei kommt, wenn die 117 angerufen wird. Die letzte Umfrage bei der Bevölkerung zeigte, dass das Sicherheitsgefühl sehr hoch ist. Dafür leistet die Polizei einen grossen Einsatz. Nicht nur die Bevölkerungszahl steigt, sondern auch die Zahl der Touristinnen und Touristen und die Zahl der Leute, die hierher in den Ausgang kommen. Dies hat Auswirkungen auf die Mitarbeitenden der Stadtpolizei. Die Belastung nimmt auch mit der steigenden Anzahl Veranstaltungen zu. Die Polizistinnen und Polizisten können ihre versprochenen freien Wochenenden, die ihnen zustehen, nicht mehr beziehen, was zu Frustration führt. Die zusätzlich geleisteten Stunden können auch nicht mehr abgebaut werden, was unbefriedigend ist und nicht dem entspricht, was die Stadt Zürich als Arbeitgeberin bieten will und muss: Verlässlichkeit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir sind auf motiviertes und gut ausgebildetes Personal angewiesen. Als Sofortmassnahme haben wir deswegen ab sofort für September und Oktober die Regionalwachen der Stadtpolizei nicht mehr rund um die Uhr geöffnet. Von 18 Uhr bis 7 Uhr und am Sonntag bleiben sie



für den Kundenverkehr geschlossen. Das ist nötig, um trotz Personalengpässen genügend Personal auf den Strassen einsetzen zu können. Wir sprechen zu recht von einer 24-Stunden-Gesellschaft. Die Nutzung des öffentlichen Raums hat sich in den letzten Jahren stark verändert und diese Trends schlagen sich in den Zahlen des Geschäftsberichts nieder. Der Ressourceneinsatz muss sich an den veränderten Bedürfnissen orientieren. Wie sich die gehäuften Einsatzzahlen von Donnerstag bis Sonntag in den Sommermonaten besser bewältigen lassen, eruiert die Polizei mit dem laufenden Projekt «Optima». Darin werden Varianten für Optimierungen des bestehenden Fünferturnus geprüft. Die Arbeitszeiten für die Mitarbeitenden müssen hierbei sozial verträglich bleiben. Zusätzlich zu diesem Projekt braucht es auch die zusätzlichen Stellen. Noch etwas muss beim Stellenausbau berücksichtigt werden: Von der Rekrutierung bis zum Abschluss der Ausbildung dauert es drei Jahre. Deswegen beantragt der Stadtrat nicht alle 140 Stellen auf einmal. Eine gestaffelte Stellenerhöhung ist wichtig, denn die Stadtpolizei kann höchstens 20 neue Polizistinnen und Polizisten pro Jahr ausbilden. Diesen Umstand bitte ich bei der Abstimmung zu den Stellenerhöhungen zu berücksichtigen, da die Stellen nicht bereits im nächsten Jahr nach Beschluss besetzt sein werden. Der Gemeinderat hatte den Antrag des Stadtrats für die ersten 10 Stellen abgelehnt, um den vorliegenden Bericht zu diskutieren. Dies ist mit der Beratung in der Kommission und der heutigen Debatte im Rat geschehen. Die 10 Stellen beantragt der Stadtrat nun im Rahmen der Nachtragskredite II. Serie ein zweites Mal.

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Vom Bericht zur geplanten Stellenerhöhung bei der Stadtpolizei Zürich wird ablehnend Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsident Andreas Egli (FDP), Referent; Vizepräsident Stephan Iten (SVP), Peter Anderegg (EVP), Heidi Egger (SP), Anna Graff (SP), Patrick Hässig (GLP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) i. V. von Derek Richter (SVP), Severin Meier (SP), Natascha Wey (SP), Dominique Zygmont (FDP)
Minderheit:	Michael Schmid (AL), Referent
Enthaltung:	Dr. Roland Hohmann (Grüne), Markus Knauss (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 18 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Mehrheit der SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK SID/V beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Präsident Andreas Egli (FDP), Referent; Vizepräsident Stephan Iten (SVP), Peter Anderegg (EVP), Heidi Egger (SP), Anna Graff (SP), Patrick Hässig (GLP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) i. V. von Derek Richter (SVP), Severin Meier (SP), Natascha Wey (SP), Dominique Zygmont (FDP)
Minderheit:	Michael Schmid (AL), Referent
Enthaltung:	Dr. Roland Hohmann (Grüne), Markus Knauss (Grüne)



10 / 11

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 18 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK SID/V beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Präsident Andreas Egli (FDP), Referent; Vizepräsident Stephan Iten (SVP), Peter Anderegg (EVP), Heidi Egger (SP), Anna Graff (SP), Patrick Hässig (GLP), Dr. Roland Hohmann (Grüne), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) i. V. von Derek Richter (SVP), Markus Knauss (Grüne), Severin Meier (SP), Michael Schmid (AL), Natascha Wey (SP), Dominique Zygmunt (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SID/V mit 114 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Vom Bericht zur geplanten Stellenerhöhung bei der Stadtpolizei Zürich wird Kenntnis genommen.
2. Das Postulat, GR Nr. 2021/461, der AL-Fraktion vom 24. November 2021 betreffend Bericht zur geplanten Stellenerhöhung bei der Stadtpolizei wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 28. September 2022

659. 2022/186

**Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Walter Anken (SVP) vom 11.05.2022:
Gestaffelte Schaffung von 140 neuen Polizeistellen bis 2030**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/21, Beschluss-Nr. 658/2022.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 64/2022).

Yves Henz (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 22. Juni 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.



11 / 11

Das Postulat wird mit 39 gegen 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

660. 2022/424
Postulat der SP- und GLP-Fraktion vom 07.09.2022:
Stellenausbau bei der Stadtpolizei zur Entschärfung der angespannten Personal-
situation und für die Bereiche Cyberkriminalität, Fuss- und Velopatrouillen und
Autoposer

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2022/21, Beschluss-Nr. 658/2022.

Patrick Hässig (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 578/2022).

Andreas Egli (FDP) stellt namens der FDP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 59 gegen 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat